

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5839

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5839



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

POSITIONSPAPIER

AGRARPOLITIK

verabschiedet an der Mitgliederversammlung vom 15. August 2026 in Neuenburg

Ausgangslage

Unser globales Ernährungssystem ist am Limit. Die intensive Tierhaltung verursacht enormes Tierleid und trägt aufgrund der energetisch höchst ineffizienten Produktion tierischer Proteine nur zur Ernährung eines kleinen Teils der Weltbevölkerung bei. Die intensive Landwirtschaft zerstört die Bodenfruchtbarkeit, erschöpft Wasserressourcen, stört biogeochemische Kreisläufe und bringt unsere Lebensmittelproduzent*innen zunehmend an ihre Grenzen. Der massive Einsatz von Pestiziden gefährdet unsere Gesundheit, allen voran jene der Landwirt*innen, und hormonelle Störungen sowie Krebserkrankungen nehmen zu. Die Biodiversität wird der Produktivität geopfert, während Bestäuberinsekten, die für eine zukunftsfähige Landwirtschaft unverzichtbar sind, immer seltener werden.

Wie in vielen anderen Ländern verschwinden auch in der Schweiz immer mehr Landwirtschaftsbetriebe. Im Jahr 2024 waren noch 47'075 Betriebe aktiv, gegenüber über 70'000 im Jahr 2000.¹ Gegenüber dem Vorjahr verschwanden nahezu zwei Betriebe pro Tag, eine Entwicklung, die sich seit Jahren fortsetzt. Besonders betroffen von diesem Schwund sind kleinere Betriebe. Kosten und weitere Zugangshindernisse verhindern heute oft eine Hofübergabe, vor allem ausserhalb der Familie. Die Folge sind immer weniger, grössere und industriellere Betriebe.

Wir verfassen dieses Positionspapier inmitten einer der heissesten und trockensten Sommer, den die Schweiz, Europa und die Welt je erlebt haben. Die Schweizer Landwirtschaft ist am Limit und greift auf ihre Winterfutterreserven zurück. Das Mittelland ist ausgetrocknet und zunehmend von schweren Wald- und Flurbränden bedroht. Auf den Alpen verschärft sich der Wassermangel, und Gemüseproduzent*innen berichten von erheblichen Ernteaussfällen. Im Juli 2026 haben deshalb über 1'600 Produzent*innen einen offenen Brief an den Schweizer Bauernverband unterzeichnet, in dem sie ihrer eigenen Dachorganisation vorwerfen, den Klimawandel nicht ernst genug zu nehmen.²

Die Lage ist äusserst ernst. Wir können es uns schlicht nicht mehr leisten, so weiterzumachen wie bisher. Unser Ernährungssystem zehrt nicht nur an den natürlichen Ressourcen und den Menschen, die unsere Nahrungsmittel produzieren sondern verursacht auch enorme Kosten für Millionen von Tieren, deren Belange noch viel zu oft ignoriert werden. Mit diesem Positionspapier legen wir, die Jungen Grünen Schweiz, unsere Position aus ökologischer, ethischer, sozialer und wirtschaftlicher Perspektive dar. Gleichzeitig formulieren wir Forderungen für eine zukunftsfähige und resiliente Landwirtschaft sowie ein nachhaltiges Ernährungssystem, das auf dem Respekt

gegenüber allen Lebewesen und den natürlichen Ressourcen basiert, von denen sowohl das Leben als auch die Lebensmittelproduktion abhängen.

1. Die Interessen des Kapitalismus sind nicht die Interessen der bäuerlichen Landwirtschaft: für wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die den agrarökologischen Wandel ermöglichen

Für regionale Wertschöpfungsketten und einen Ausstieg aus kapitalistischen Logiken

Die industrialisierten und globalisierten Lebensmittelketten sind durch zahlreiche Zwischenhändler*innen geprägt. Dadurch leiden die Nährstoffqualität der Produkte, das Einkommen der Produzierenden sowie die Beziehung zwischen Konsumierenden und ihrer Ernährung. Die Jungen Grünen setzen sich für kurze Wertschöpfungsketten ein, die handwerkliche Verarbeitung anstelle industrieller Massenproduktion fördern und den direkten Austausch zwischen Produzierenden und Konsumierenden stärken, anstatt anonyme Lieferketten zu unterstützen.

Der internationale Wettbewerb, insbesondere infolge von Freihandelsabkommen, setzt die Schweizer Landwirtschaft unter starken Druck und zwingt sie dazu, sich zu industrialisieren, um immer günstiger produzieren zu können. Gleichzeitig übt der Detailhandel, der vom Duopol Coop und Migros dominiert wird, einen enormen Preisdruck aus und vergütet die Produzent*innen so tief wie möglich. Die Grossverteiler erzielen dabei überhöhte und missbräuchliche Margen, insbesondere auf Bio- und andere Labelprodukte. Das Ergebnis: Nur finanziell privilegierte Menschen können sich eine nachhaltige und regionale Ernährung leisten, während Menschen mit geringem Einkommen gezwungen sind, auf günstigere Lebensmittel von schlechterer Qualität auszuweichen.

Die heutige Geringschätzung des Lebensmittelsektors ist Ausdruck der Logik unseres Wirtschaftssystems, das Lebensmittel wie gewöhnliche Konsumgüter behandelt: Sie sollen jederzeit, in unbegrenzter Menge und möglichst billig verfügbar sein. Entsprechend ist der Anteil der Haushaltsausgaben für Lebensmittel in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich gesunken. Heute geben Haushalte durchschnittlich nur noch sechs bis elf Prozent ihres Budgets für Ernährung aus, obwohl Lebensmittel die unverzichtbare Grundlage unseres Lebens und unserer Gesundheit bilden.³ Gleichzeitig bestehen grosse soziale Ungleichheiten: Viele Menschen haben keinen Zugang zu einer gesunden, vielfältigen, qualitativ hochwertigen und regionalen Ernährung.

Für faire Arbeitsbedingungen

Die Produktion von Lebensmitteln gehört zu den grundlegendsten gesellschaftlichen Aufgaben und wird dennoch unzureichend anerkannt. Beschäftigte in der Landwirtschaft arbeiten deutlich mehr Stunden und erhalten tiefere Löhne als Erwerbstätige im sekundären oder tertiären Sektor (durchschnittlich 50,7 Stunden pro Woche bei einem Stundenlohn von rund 17 Franken).⁴ Viele landwirtschaftliche Arbeitskräfte haben einen Migrationshintergrund oder befinden sich in einer prekären aufenthaltsrechtlichen Situation und sind gleichzeitig von mehreren Formen von Diskriminierung betroffen.

Für bäuerliche Autonomie und den Zugang zu Produktionsmitteln in der Schweiz und weltweit

Der weltweite Saatgutmarkt wird heute von vier multinationalen Konzernen beherrscht: Bayer, Corteva, Syngenta und BASF. Gemeinsam kontrollieren sie mehr als die Hälfte des globalen Saatgutmarktes. Zusammen mit dem Markt für Agrochemikalien beläuft sich dessen Wert auf über 150 Milliarden Franken.⁵

Diese Unternehmen bringen nicht reproduzierbares und häufig gentechnisch verändertes Saatgut (GVO oder neue genomische Techniken, NGT) auf den Markt, das sie durch Patente privatisieren und zu hohen Preisen verkaufen können. Dadurch werden Bäuerinnen und Bauern gezwungen, regelmässig neues Saatgut zu kaufen und geraten in eine wachsende Abhängigkeit von diesen Konzernen.

Eine gravierende Ungerechtigkeit besteht darin, dass die Schweiz in ihren Freihandelsabkommen, wie zum Beispiel im neuen Abkommen mit Malaysia, die Vorgaben des Internationalen Verbands zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV) übernimmt. Dadurch wird Landwirt*innen in vielen Ländern verunmöglicht, ihr Saatgut aufzubewahren, zu vermehren, auszutauschen oder frei zu verkaufen. Diese Einschränkungen stehen im direkten Widerspruch zur UNO-Erklärung über die Rechte von Bäuerinnen und Bauern (UNDROP). Wir sind überzeugt, dass das Recht auf freie Vermehrung und Nutzung von Saatgut eine zentrale Voraussetzung für Ernährungssouveränität ist und deshalb allen Bäuerinnen und Bauern in der Schweiz und weltweit garantiert werden muss.

Derzeit gilt in der Schweiz ein Moratorium für gentechnisch veränderte Organismen (GVO). Dieses könnte jedoch bald aufgeweicht werden: Bundesrat Albert Rösti arbeitet an einem Spezialgesetz zur Gentechnik, das Ausnahmen vom Moratorium vorsieht. Während die Europäische Union soeben eine weitgehende Deregulierung eines Teils der gentechnisch veränderten Pflanzen und des entsprechenden Saatguts beschlossen hat, darf die Schweiz dem Lobbydruck der Gentechnikindustrie nicht nachgeben. Stattdessen muss sie ihre biologische und bäuerliche Landwirtschaft stärken.

Unsere Forderungen

Resiliente Produktions-, Verarbeitungs- und Vermarktungssysteme müssen zum Standard werden, damit Produzent*innen und landwirtschaftliche Arbeitskräfte von ihrer Arbeit leben können und Konsument*innen Zugang zu einer gesunden Ernährung haben. Die Schweiz soll zudem international eine proaktive Rolle für eine bäuerliche Landwirtschaft übernehmen. Wir fordern insbesondere:

- 1.1 Die Verankerung des Rechts auf Nahrung in der Verfassung sowie die Schaffung einer Ernährungssozialversicherung auf nationaler Ebene, die Menschen unabhängig von ihrem Einkommen Zugang zu hochwertigen, regionalen und fair hergestellten Produkten verschafft.
- 1.2 Die Unterstützung lokaler Strukturen und kurzer Vermarktungswege, um regionale Lebensmittelkreisläufe zu stärken und Transportwege zu verkürzen.

- 1.3 Unlautere Handelspraktiken und den Missbrauch von Marktmacht müssen von allen Marktakteur*innen, insbesondere von Landwirt*innen, einfach und wirksam angefochten und sanktioniert werden können.
- 1.4 Strenge Vorschriften für Preistransparenz und zur Begrenzung der Margen entlang der gesamten Wertschöpfungskette, insbesondere durch eine deutliche Stärkung der landwirtschaftlichen Preisbeobachtungsstelle.
- 1.5 Die vollständige Unterstellung der Landwirtschaft unter das Arbeitsrecht, die Einführung eines Mindestlohns, der zum Leben reicht, sowie die Sicherstellung, dass sämtliche Beschäftigte sozialversichert sind.
- 1.6 Den Austritt aus dem Internationalen Verband zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV) sowie das Verbot von Patenten auf Saatgut.
- 1.7 Die Förderung kleiner Pflanzenzüchter*innen und Saatgutproduzent*innen sowie des Austauschs von bäuerlichem Saatgut.
- 1.8 Die Verlängerung des Moratoriums für den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen (GVO) und neuer genomischer Techniken (NGT) in der Schweiz.
- 1.9 Das Verbot für Schweizer Unternehmen, in der Schweiz verbotene Pestizide ins Ausland zu exportieren oder dort zu verkaufen.
- 1.10 Das Ende von Freihandelsabkommen insbesondere im Bereich der Landwirtschaft und Lebensmittel, die die lokale Produktion durch unlauteren Wettbewerb unter Druck setzen.

2. Mehr Menschen auf unseren Feldern: den Generationenwechsel im gesamten Ernährungssystem fördern

Den Zugang zu Land erleichtern

Wie viele andere Länder steht auch die Schweizer Landwirtschaft vor der grossen Herausforderung des Generationenwechsels. Einerseits wird die Generation der Babyboomer in den kommenden Jahren pensioniert, auch in der Landwirtschaft. In 15 Jahren wird sich mehr als die Hälfte der Landwirt*innen im Ruhestand befinden.⁶ Andererseits muss die Politik mehrere strukturelle Herausforderungen angehen, die für den Sektor besonders relevant sind.

Während immer weniger Kinder landwirtschaftlicher Familien den elterlichen Betrieb übernehmen möchten, nimmt die Zahl der Quereinsteiger*innen, die aus anderen Berufsfeldern in die Landwirtschaft wechseln, stetig zu.⁷ Wirtschaftliche und soziale Hürden, insbesondere hohe Boden- und Betriebspreise sowie die wachstumsorientierte Logik der heutigen Agrarpolitik, erschweren ihnen jedoch den Zugang zu Land und anderen Produktionsmitteln erheblich.⁸ Diese Rahmenbedingungen müssen rasch verändert werden.

Die Jungen Grünen lehnen eine Landwirtschaft ab, die von immer grösseren, stärker industrialisierten und hochtechnisierten Betrieben geprägt ist. Stattdessen setzen wir uns für eine bäuerliche Landwirtschaft ein, die hochwertige Arbeitsplätze schafft, nachhaltig produzierte Lebensmittel hervorbringt und den Produzent*innen ein faires Einkommen ermöglicht.

Eine zukunftsfähige Landwirtschaft darf sich zudem nicht nur am patriarchalen Modell der traditionellen Kernfamilie orientieren. Kollektive Betriebsformen und gemeinschaftlich geführte Höfe müssen als gleichwertige Organisationsformen anerkannt und gefördert werden. Die stetig steigende Arbeitsbelastung in der Landwirtschaft führt regelmässig zu psychischen Erkrankungen wie Burn-out oder Suizid.⁹ Die Verantwortung für einen Betrieb auf mehrere Personen zu verteilen und dadurch Arbeitszeiten zu ermöglichen, die mit jenen anderer Berufsgruppen vergleichbar sind, muss zu einem zentralen Ziel der Agrarpolitik werden. Gleichzeitig dürfen Kleinbetriebe und Nebenerwerbsbetriebe durch agrarpolitische Massnahmen nicht benachteiligt werden.

Für eine pflanzliche Esskultur

Wer heute einen Beruf im Bereich Ernährung oder handwerklicher Lebensmittelverarbeitung erlernen möchte, ist in den bestehenden Ausbildungen meist dazu verpflichtet, mit tierischen Produkten zu arbeiten. Für viele junge Menschen, die sich bewusst vegetarisch oder vegan ernähren, stellt dies eine erhebliche Hürde dar. Manche verzichten deshalb auf eine berufliche Laufbahn in diesem Bereich, obwohl sie eine grosse Leidenschaft für das Kochen und das Lebensmittelhandwerk mitbringen.

Dabei hat sich unsere Esskultur in den vergangenen Jahren grundlegend verändert. Die vegetarische und pflanzliche Küche ist längst kein Nischenthema mehr. Sie steht heute für Innovation, Kreativität und ein wachsendes Bewusstsein für Gesundheit, Nachhaltigkeit und Lebensmittelqualität. Gleichzeitig eröffnet sie neue Möglichkeiten, regionale und saisonale Produkte kreativ und ressourcenschonend zu nutzen.

Neue Aus- und Weiterbildungen im Bereich Ernährung und handwerklicher Lebensmittelverarbeitung müssen dieser Entwicklung Rechnung tragen. Sie sollen den veränderten gesellschaftlichen Realitäten sowie der dringenden Notwendigkeit gerecht werden, das Schweizer Ernährungssystem stärker zu pflanzlichen Lebensmitteln hin auszurichten. Solche Ausbildungen würden jungen Menschen ermöglichen, ihren Beruf im Einklang mit ihren persönlichen Überzeugungen auszuüben.¹⁰

Unsere Forderungen

Wir fordern Massnahmen zur Unterstützung junger Landwirt*innen, der handwerklichen Lebensmittelverarbeitung sowie kollektiver Betriebsformen. Insbesondere fordern wir:

- 2.1 Direktzahlungen sollen an den tatsächlichen Arbeitsaufwand auf den Betrieben sowie an ökologische Standards, bemessen an der Einhaltung der planetaren Grenzen, und nicht in erster Linie an die bewirtschaftete Fläche gekoppelt werden.
- 2.2 Die Einführung eines Vorkaufsrechts für landwirtschaftliche Flächen zugunsten junger Landwirt*innen sowie kollektiver Strukturen, die ein Projekt der bäuerlichen Landwirtschaft aufbauen.
- 2.3 Lehrinhalte zu kollektiven Organisationsformen landwirtschaftlicher Betriebe müssen in die landwirtschaftliche Grundbildung sowie in die Weiterbildung integriert werden, damit jungen Landwirt*innen Alternativen zum heutigen Status quo aufgezeigt werden.

- 2.4 Der Erhalt des Nebenerwerbkurses („Direktzahlungskurs“), der Personen mit einem anderen Berufsabschluss einen einfachen Zugang zu den grundlegenden Kenntnissen des Landwirtschaftsberufs ermöglicht.
- 2.5 Die Starthilfen für junge Landwirt*innen müssen ausgebaut werden, insbesondere für FINTA-Personen.
- 2.6 Die konsequente Integration agrarökologischer Praktiken in den Lehrplänen aller landwirtschaftlichen Schulen.
- 2.7 Kostenlose agrarökologische Beratung und Weiterbildungsangebote für bereits tätige Landwirt*innen.
- 2.8 Wirksame Fördermassnahmen für die handwerkliche Lebensmittelverarbeitung.
- 2.9 Die Einführung einer EFZ-Lehre als vegan-vegetarische*r Köchin/Koch, sowie die Einführung einer EFZ-Lehre als vegan-vegetarische*r Landwirt*in.
- 2.10 Die flächendeckende Einführung eines ausgewogenen vegan-vegetarischen Angebots in allen Einrichtungen der Gemeinschaftsgastronomie.

3. Mit der Natur statt gegen sie arbeiten: für ein Ernährungssystem im Einklang mit den natürlichen Lebensgrundlagen

Die Ernährungswende mit einer standortgerechten Landwirtschaft vorantreiben

Die Jungen Grünen setzen sich für eine standortgerechte Landwirtschaft ein, die die planetaren Grenzen respektiert und die Interessen der Lebewesen berücksichtigt, die von ihr abhängig sind. Wir fordern eine Landwirtschaft, die sich an den ökologischen Belastungsgrenzen ihres Standorts orientiert und die natürlichen Ressourcen nachhaltig nutzt, statt sie weiter zu überbeanspruchen. Wir fordern deshalb, dass Ackerflächen prioritär für den Anbau pflanzlicher Proteine für die menschliche Ernährung genutzt werden.

Die Schweizer Landwirtschaft ist heute stark auf die Produktion tierischer Lebensmittel ausgerichtet. Ein grosser Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche dient direkt oder indirekt der Tierhaltung. So hat sich beispielsweise die Geflügelproduktion in den letzten zwanzig Jahren mehr als verdoppelt.¹¹ Diese Entwicklung ging mit einer extremen züchterischen Selektion einher. Die Rasse Ross 308 etwa wurde genetisch darauf gezüchtet, innerhalb kürzester Zeit möglichst viel Gewicht zuzulegen. Diese Tiere leiden unter einem Körperbau, der vollständig den Interessen der industriellen Produktion untergeordnet ist und ihre Gesundheit massiv beeinträchtigt.¹²

Zudem ist insbesondere die Schweine- und Geflügelhaltung in der Schweiz stark von importierten Kraftfuttermitteln wie Soja abhängig, dessen Produktion häufig mit gravierenden ökologischen und sozialen Problemen verbunden ist. Dadurch ist die Tierproduktion zunehmend von natürlichen Ressourcen im Ausland abhängig, während ein erheblicher Teil ihrer Umweltbelastung ebenfalls in andere Länder ausgelagert wird.

Zahlreiche wissenschaftliche Studien zeigen, dass die wichtigsten Hebel für ein nachhaltigeres und krisenfestes Ernährungssystem in einer Reduktion der Tierbestände, einer direkteren Nutzung des Ackerlands für die menschliche Ernährung sowie in der Verringerung der Lebensmittelverschwendung liegen. Dennoch liegt der jährliche Fleischkonsum in der Schweiz noch immer bei rund 50 Kilogramm pro Person. Die Schweizer Ernährungsempfehlungen empfehlen hingegen einen Konsum von höchstens 10 bis 15 Kilogramm Fleisch pro Jahr.¹³ Gleichzeitig fliessen rund 80 Prozent der Agrarsubventionen in die Produktion tierischer Lebensmittel und behindern damit den Ausbau pflanzlicher Proteinquellen.¹⁴ Ein ökologisches und gesundes Ernährungssystem mit bezahlbaren Lebensmitteln für alle ist nur möglich, wenn sich die Schweizer Ernährung stärker pflanzlich ausrichtet und der Fleischkonsum deutlich sinkt oder gar ganz eingestellt wird.

Deshalb braucht es eine konsequente Proteinwende. Pflanzliche Proteinquellen wie Bohnen, Erbsen, Linsen oder Soja für die menschliche Ernährung müssen in der Schweiz deutlich stärker produziert und konsumiert werden. Heute werden die meisten auf Ackerflächen produzierten Proteine zunächst an Nutztiere verfüttert und gelangen erst über den Umweg tierischer Produkte auf den Teller. Dieser Umweg verschwendet Ressourcen und ist sowohl energetisch als auch ernährungsphysiologisch höchst ineffizient.

Gleichzeitig anerkennen wir die wichtige Rolle von Tieren in einer nachhaltigen Landwirtschaft. Die extensive Weidewirtschaft trägt zur Offenhaltung der Kulturlandschaft bei, fördert die Biodiversität und ermöglicht die Nutzung von Grünland, das sich nicht für den Ackerbau eignet. Voraussetzung dafür ist jedoch eine extensive, standortangepasste Tierhaltung, die hauptsächlich auf Wiesen, Weiden und unvermeidbaren Nebenprodukten der Lebensmittelproduktion basiert und nicht auf grossen Mengen importierter Kraftfuttermittel.

Ausserdem muss sich auch unser Umgang mit Tieren grundlegend verändern. Tiere sollen nicht als Produktionsmittel ausgebeutet werden. Tiere sind fühlende Wesen, die Emotionen empfinden und leiden können. Ihre Haltung muss ihren Bedürfnissen entsprechen und ihr Wohlergehen gewährleisten. Anstelle einer Zucht auf immer höhere Leistungen müssen Gesundheit, Robustheit und Langlebigkeit der Tiere im Mittelpunkt stehen. Langfristig soll auf die Ausbeutung von Tieren in der Landwirtschaft verzichtet werden.

Eine hohe Biodiversität und gesunde Ökosysteme als Grundlage der Landwirtschaft

Fruchtbare Böden bilden die Grundlage einer produktiven, wirtschaftlich tragfähigen und qualitativ hochwertigen Landwirtschaft. Agrarökologische Anbaumethoden, insbesondere die regenerative Landwirtschaft, sind unverzichtbar, um die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und die Ernährungssicherheit heutiger und zukünftiger Generationen zu gewährleisten. Regenerative Landwirtschaft fördert humusreiche Böden mit einer hohen biologischen Aktivität und ermöglicht den Anbau gesunder Pflanzen ohne synthetische Pflanzenschutzmittel und Kunstdünger.¹⁵

Stickstoff und Phosphor sind essenzielle Nährstoffe für das Pflanzenwachstum. Die Ursachen und das Ausmass ihrer übermässigen Einträge in der Schweiz sind seit Langem bekannt. Ihre negativen Auswirkungen auf Biodiversität, Oberflächen- und Trinkwasser, Böden, Luftqualität, Wälder, Klima und Gesundheit sind wissenschaftlich umfassend dokumentiert. Das heutige intensive Landwirtschaftsmodell ist auf einen übermässigen Einsatz stickstoff- und phosphorhaltiger

Düngemittel angewiesen und verursacht bereits heute schwerwiegende Schäden an unseren Ökosystemen sowie langfristige Risiken für die landwirtschaftliche Produktion.¹⁶

Die Landwirtschaft prägt einen grossen Teil der Schweizer Landschaft und trägt deshalb eine besondere Verantwortung für die Biodiversität. Vielfältige Agrarlandschaften mit Wiesen, Weiden, Feuchtgebieten, Brachen, Hecken und weiteren Strukturelementen bieten zahlreichen Tier- und Pflanzenarten wertvolle Lebensräume. Dennoch ist die Biodiversität gerade im Landwirtschaftsgebiet besonders stark bedroht. Viele Lebensräume sind verschwunden oder massiv beeinträchtigt und zahlreiche Arten gehen stark zurück. Hauptursachen dafür sind die Intensivierung der Landwirtschaft, hohe Nährstoffüberschüsse, der Verlust strukturreicher Lebensräume sowie der Einsatz von Pestiziden.

Studien der WSL und SCNAT zeigen, dass verschiedene Agrarsubventionen der Biodiversität schaden und damit den biodiversitätspolitischen Zielen der Agrarpolitik widersprechen.^{17,18} Die Jungen Grünen setzen sich für eine Landwirtschaft ein, welche die Vielfalt der Lebensräume erhält und fördert. Öffentliche Gelder sollen Biodiversität und andere Ökosystemleistungen gezielt unterstützen, statt Anreize zu schaffen, die ihrer Erhaltung entgegenstehen.

Der Schutz der Biodiversität kann jedoch nicht allein durch immer detailliertere Vorschriften erreicht werden. Zu komplexe Regelwerke schränken die Eigenverantwortung und den Handlungsspielraum der Landwirt*innen ein. Das Direktzahlungssystem muss deshalb so ausgestaltet werden, dass Betriebe für wirksame Leistungen zugunsten der Biodiversität belohnt werden und gleichzeitig genügend Freiheit erhalten, standortgerechte Lösungen umzusetzen.

Dafür braucht es Wissen, Erfahrung und ein starkes Bewusstsein für die Bedeutung der Biodiversität in der landwirtschaftlichen Praxis. Biodiversität und Agrarökologie müssen deshalb sowohl in der Grundbildung als auch in der Weiterbildung einen zentralen Stellenwert erhalten. Gleichzeitig braucht es eine unabhängige, praxisnahe Beratung, welche die Landwirt*innen bei der Planung und Umsetzung wirksamer Biodiversitätsmassnahmen unterstützt.

Forschung stärken statt abbauen

Wir lehnen die Sparmassnahmen des Bundes, welche Agroscope massiv treffen, entschieden ab. Das landwirtschaftliche Kompetenzzentrum des Bundes streicht 58 Vollzeitstellen und stellt die Forschung in den Bereichen gesunde Ernährung, neue Lebensmittel, alternative Nischenkulturen sowie Arznei- und Aromapflanzen ein.¹⁹ Agroscope braucht mehr statt weniger finanzielle Mittel, damit seine Forschung zugunsten der Landwirtschaft und der gesamten Bevölkerung weitergeführt und ausgebaut werden kann.

Unsere Forderungen

Um das Landwirtschafts- und Ernährungssystem besser mit den natürlichen Lebensgrundlagen zu vereinbaren, fordern wir:

- 3.1 Die Schaffung eines Transformationsfonds sowie handwerkliche Verarbeitungsbetriebe für Landwirt*innen, die auf agrarökologische Produktionsweisen umstellen möchten.

- 3.2 Die gezielte Förderung des Anbaus von Hülsenfrüchten und anderen pflanzlichen Proteinquellen sowie den Aufbau vollständiger regionaler Wertschöpfungsketten für diese Produkte.
- 3.3 Die Förderung alter Kulturpflanzensorten sowie robuster und widerstandsfähiger Tierrassen und das Verbot von Zuchttrassen, die mit dem Tierwohl unvereinbar sind, wie beispielsweise der Ross 308.
- 3.4 Den Stopp der Ausbeutung der Tiere in der Landwirtschaft und kurzfristig unter anderem die Einführung von regelmässigem Auslauf für alle landwirtschaftlich gehaltenen Tiere.
- 3.5 Die Abschaffung von Subventionen, die direkt oder indirekt Stickstoff- und Phosphorüberschüsse sowie deren Emissionen fördern, insbesondere von Subventionen, welche hohe Nutztierbestände begünstigen.
- 3.6 Eine konsequente Ausrichtung der Direktzahlungen auf die Förderung der Biodiversität, den Klimaschutz, die Produktion pflanzlicher Lebensmittel sowie agrarökologische Leistungen.
- 3.7 Die Reduktion der öffentlichen Absatzförderung für Fleisch-, Milch- und Eierprodukte sowie die gezielte Förderung der Vermarktung pflanzlicher Lebensmittel.
- 3.8 Eine Erhöhung und konsequente Stärkung der Beiträge für die Vernetzung der Biodiversitätsförderflächen.
- 3.9 Eine Neuausrichtung der öffentlichen Agrarforschung auf eine klima-, umwelt- und tierfreundlichere Lebensmittelproduktion mit einem Schwerpunkt auf Forschung und Züchtung widerstandsfähiger Kulturpflanzen und Nutztierassen.

Quellen

1 <https://www.watson.ch/fr/suisse/agriculture/786299806-comment-l-agriculture-suisse-a-change-ces-20-dernieres-annees>

2 <https://www.srf.ch/news/schweiz/knatsch-unter-bauern-landwirte-kritisieren-bauernverband-wegen-klimapolitik>

3 <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/einkommen-verbrauch-vermoegen/haushaltsbudget.html>

4 Einkommen der Bauernfamilien. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats 21.4585
Bulliard, [86422.pdf](#) Bern, 1. März 2024

5 <https://multinationales.org/fr/en-bref/actualites/industrie-chimique-societes-de-biotechnologies-et-geants-du-trading-controlent>

6 <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0743016725000142?via%3Dihub>

- 7 <https://www.rts.ch/info/economie/2026/article/devenir-agriculteur-sans-heritage-un-parcours-d-u-combattant-en-suisse-29225600.html>
- 8 <https://uniterre.ch/fr/nos-combats/#acces-a-la-terre>
- 9 <https://www.nzz.ch/zuerich/baeuerinnen-und-bauern-in-der-krise-hohe-suizidrate-ld.1905758>
- 10 <https://www.hotellerie-gastronomie.ch/de/artikel/braucht-es-eine-vegetarische-kochlehre>
- 11 Baur & Kraye (2021): Schweizer Futtermittelimporte – Entwicklung, Hintergründe, Folgen. ZHAW im Auftrag von Greenpeace. [zhaw.ch]
- 12 <https://www.rts.ch/info/suisse/2025/article/ross-308-le-poulet-controverse-qui-envahit-nos-assiettes-suissees-28979916.html>
- 13 <https://www.proviande.ch/fr/la-consommation-de-viande-reste-constante-en-suisse>
<https://www.blv.admin.ch/fr/recommandations-nutritionnelles-suissees-adultes>
- 14 <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20243793>
- 15 <https://www.regenerative.ch/agriculture-regenerative>
- 16 <https://www.statistiques.developpement-durable.gouv.fr/edition-numerique/la-france-face-aux-neuf-limites-planetaires/6-perturbation-des-cycles-biogeochimiques-de>
- 17 https://www.google.com/url?sa=t&source=web&rct=j&opi=89978449&url=https://www.eawag.ch/fileadmin/Domain1/Forschung/Oekosysteme/Biodiversitaet/apports_de_nutriments_et_biodiversite.pdf&ved=2ahUKEwiBofei4POVAxX7hP0HHTG3HBIOFnoECEAQAO&usg=AOvVaw19KpeT_Hpv5tRDp6FvrX0v SCNAT Factsheet Vol. 15, No. 8, 2020
- 18 Umweltziele Landwirtschaft. Hergeleitet aus bestehenden rechtlichen Grundlagen
Subventionen mit biodiversitätsschädigender Wirkung
https://swissaid.kinsta.cloud/wp-content/uploads/2025/04/SaatgutInGefahr_DEU_web2-final.pdf
- 19 <https://www.rts.ch/info/suisse/2026/article/agroscope-supprime-58-postes-et-fera-moins-de-recherche-29276617.html>